

Hegemoniepolitik der ›Neuen Rechten‹

Ideologieproduktion und Propaganda

›Neue Rechte‹ ist ein politisch schillernder, in seiner Verwendung mehrdeutiger Begriff. Er dient sowohl der Selbstetikettierung einer extrem rechten politischen Strömung als auch deren analytischer Beschreibung. In der deutschen politikwissenschaftlichen Debatte wird unter ›Neue Rechte‹ seit Ende der 1970er-Jahre mehrheitlich ein informelles Netzwerk von Intellektuellen verstanden, das sich um eine Modernisierung extrem rechter Ideologie bemüht und dafür eigene Bildungseinrichtungen und Publikationsorgane etabliert (vgl. Feit, 1987; Lenk, 1997). Während sie inhaltlich weitestgehend ideologische Positionen rechter, völkischer und nationalkonservativer Strömungen fortschreibt, strebt die ›Neue Rechte‹ im Hinblick auf ihre politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eine strategische Neuausrichtung an. Zu diesem Zweck adaptiert sie Bausteine aus der politischen Theorie des Marxisten Antonio Gramsci. Insbesondere knüpfen die Rechtsintellektuellen an Gramscis Analyse der Funktion von Kultur und Zivilgesellschaft in den Kämpfen um das an, was er ethisch-politische Vorherrschaft nennt, ohne dabei jedoch seine emanzipatorische Perspektive zu übernehmen.

›Neue Rechte‹ und Rechtsextremismus

Leitend für eine Abgrenzung zwischen ›Alter‹ und ›Neuer‹ Rechter, so bilanzieren Martin Langebach und Jan Raabe (2016, S. 562ff.) die jahrzehntelange politikwissenschaftliche Debatte, seien weniger weltanschauliche Differenzen als vielmehr ein politischer Generationenkonflikt zwischen extrem rechten politischen Akteur*innen gewesen. Ab Ende der 1960er-Jahre bricht er nicht nur in Deutschland auf. In Frankreich führt er zur Etablierung der sogenannten Nouvelle Droite. Die von einer jungen Generation Intellektueller

lancierte Renovierung des ideologischen Mobiliars der extremen Rechten folgt der Einsicht, dass im Nachkriegseuropa mit originär faschistischen Politikformen keine Erfolge mehr zu erzielen sind. Der Begriff ›Neue Rechte‹ ist somit der Versuch, sich von der ›Alten Rechten‹ aus der Ära der europäischen Faschismen abzugrenzen. Obwohl die intellektuellen ›Neuen Rechten‹ in ihrer Außendarstellung ihre Distanz zu gewaltaffinen extrem rechten Akteur*innen herausstellen und eine allzu deutliche Bezugnahme auf die nationalsozialistische Ideologie zu vermeiden suchen, sind sie doch Teil der extremen Rechten. Die nach außen kommunizierte Selbstetikettierung rechtsintellektueller Akteur*innen changierte in den vergangenen Jahrzehnten wiederkehrend zwischen ›konservativ‹ und ›neurechts‹. Dieses begriffliche Versteckspiel folgt der Logik des jeweils adressierten Diskursraumes, in dem man wahlweise als ›konservativ‹ oder ›rechts‹ wahrgenommen werden will. Der Effekt der Normalisierung extrem rechter Politiken in den vergangenen zwei Jahrzehnten ließ die Akteur*innen zunehmend zu der offensiven Selbstbeschreibung als ›rechts‹ greifen.

Es gibt jedoch nicht die *eine* ›Neue Rechte‹. Vielmehr muss im Plural und im Sinne eines vielstimmigen intellektuellen Spektrums gesprochen werden (vgl. Langebach & Raabe, 2016, S. 582). Die Fraktionen innerhalb des rechtsintellektuellen Spektrums weisen deutlich unterscheidbare ideologische Profile auf, was eine eindeutige Zuordnung einzelner Personen zur ›Neuen Rechten‹ erschwert (vgl. Kellersohn, 2021, S. 5). Das Junge-Freiheit-Netzwerk umfasst neben der von Dieter Stein begründeten Wochenzeitung Junge Freiheit die Zeitschrift CATO sowie die Bibliothek des Konservatismus und die sie tragende Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) in Berlin. Das um das – inzwischen organisatorisch umstrukturierte und umbenannte – Institut für Staatspolitik, die Zeitschrift Sezession und den Antaios-Verlag zentrierte Netzwerk unterhält enge Beziehungen zur Zeitschrift Compact. Im Unterschied zum Junge-Freiheit-Netzwerk hat Götz Kubitschek (Antaios-Verlag, Sezession), die wichtigste Figur in diesem Netzwerk, keine politische Distanz gegenüber der Identitären Bewegung (IB) und anderen aktivistischen, zum Teil auch gewaltbereiten Personen.¹ Weitere Netzwerke haben sich um

1 Zu nennen wäre neben Kubitscheks Sohn Wieland, der im März 2025 vom Amtsgericht Merseburg zu einer Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung verurteilt wurde (vgl. Schmid, 2025), auch Mario Müller, der 2017 im Antaios-Verlag das inzwischen vergriffene Buch *Kontrakultur* publiziert hat. Der mehrfach u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafte und als militant geltende Müller war auch bei der Buch-

den Jungeuropa-Verlag sowie die Zeitschrift eigentümlich frei herausgebildet. Diese Netzwerke unterscheiden sich hinsichtlich ihres Radikalisierungspotenzials. Während das Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise den Antaios-Verlag als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« einstuft (Bundesministerium des Innern, 2025, S. 90), tauchen die Zeitschriften Junge Freiheit oder CATO nicht im Verfassungsschutzbericht auf.

Die intellektuellen Führungsfiguren selbst sehen den Begriff ›Neue Rechte‹ als überholt an und verwenden ihn zur politischen Selbstbeschreibung inzwischen nicht mehr (vgl. Stein, 2005). Medial und in öffentlichen Debatten findet ein inhaltlich entgrenzter, unscharfer Begriff von ›Neue Rechte‹ Verwendung. Er umfasst auch Organisationen, Personen und Publikationen, die einen extrem rechten Charakter aufweisen, jedoch nicht explizit rechtsintellektuell ausgerichtet sind. Diese Beliebigkeit macht den Begriff für die wissenschaftliche Analyse strenggenommen untauglich. Aufgrund seiner starken Verbreitung wird er jedoch in der Forschungsdiskussion weiter verwendet (vgl. Weiß, 2018a; Wagner, 2017). Zudem wird er genutzt, um informelle Netzwerke im rechtsextremen Spektrum politisch einzuordnen, in denen laut Bundesamt für Verfassungsschutz »nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen« (Bundesministerium des Innern, 2025, S. 90). Um die Problematik des Begriffs deutlich zu machen, zugleich aber nicht vom öffentlichen und wissenschaftlichen Gebrauch abzuweichen, setzen wir ihn in einfache Anführungszeichen.

Festzuhalten bleibt, dass es inhaltlich und netzwerkartig aufeinander bezogene publizistische, politisch-aktivistische und akademisch tätige Akteursgruppen gibt, deren Praxis der Schaffung weltanschaulicher Grundlagen gilt, die den Erfolg extrem rechter Parteien und Bewegungen garantieren sollen. Dabei steht die direkte Beeinflussung der Parteipolitik im Hintergrund. Ziel ist die grundsätzliche Veränderung gesellschaftlicher Werte und Einstellungen. Es geht um die Durchsetzung autoritärer Denk- und Wertungsmuster, die Ausgrenzung von Minderheiten und die systematische Aushöhlung demokratischer Prinzipien. Die Verachtung der Demokratie als Grundlage der Teilhabe aller an der Gestaltung des Gemeinwesens ist konstitutiv für alle Spieler-

vorstellung des Antaios-Bandes *Mit Linken leben* auf der Frankfurter Buchmesse 2017 zugegen (vgl. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/frankfurter-buchmesse-tumulte-bei-hoecke-auftritt-auf-der-frankfurter-buchmesse-1.3708891>; Göbel, 2024).

ten (extrem) rechter Gesellschaftsentwürfe. Solche Gesellschaftsentwürfe delegitimieren die normative Anbindung des Rechtsstaats an universelle Menschenrechte und stellen insofern eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat dar (vgl. Salzborn, 2017).

Rechtsintellektuelle Hegemoniepolitik

Während sich die ›Neue Rechte‹ im Hinblick auf ihre inhaltlich-ideologischen Positionen stark an rechtskonservativen und völkischen Diskursen der Weimarer Republik orientiert,² greift sie auf der Ebene der politischen Strategie Überlegungen aus dem linken und insbesondere marxistischen Spektrum auf. Sie sollen bei der Normalisierung ihres ideologischen Traditionsbestands im Diskurszusammenhang demokratischer Öffentlichkeiten helfen. Eine hervor gehobene Rolle spielen die hegemonietheoretischen Überlegungen Gramscis, der in den 1920er- und 1930er-Jahren den Erfolg des italienischen Faschismus analysiert und darauf aufbauend eine Theorie politischer Vorherrschaft in modernen Massengesellschaften entwickelt (vgl. einführung Neubert, 2022).

Ausgangspunkt für die Beschäftigung der französischen extremen Rechten mit Gramscis Hegemonietheorie ist eine Erfahrung politischer Schwäche. Der Einfluss der sogenannten ›Neuen Linken‹ ab den 1960er-Jahren führt der extremen Rechten vor Augen, dass die Ausübung von Macht nicht nur auf Hard Power, also auf Militär, Polizei und Verwaltungsapparat beruht. Vielmehr hat die ›Neue Linke‹ bewiesen, dass Veränderungen in der Gesellschaft zu erreichen sind, indem eine politische Bewegung langfristig auf das soziale Wertesystem, die kulturellen Konventionen eines Gemeinwesens und das Alltagsbewusstsein der Menschen Einfluss nimmt. Für zeitgenössische extrem rechte Intellektuelle wie Alain de Benoist verfestigt sich in den 1970er-Jahren die Wahrnehmung, dass die radikale Linke zwar ihr um 1968 propagiertes Ziel eines revolutionären Sturzes des Kapitalismus in den westlichen Demokratien nicht erreicht hat, aber einen kulturellen Wertewandel ins Werk gesetzt hat, der all das verändert, was in der Ideenwelt der Rechten die Grundlage politischen Handelns ist: traditionelle Hierarchien aller sozialen Beziehungen in

2 Inhaltlich gibt es kaum Brüche zwischen der ›Alten‹ und ›Neuen‹ Rechten. Es ist im Gegenteil eine Fortschreibung antidemokratischer Theorietraditionen zu beobachten (vgl. Pfahl-Traughber, 1998; Hufer, 2018).

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die von rechts als erfolgreich diagnostizierte linke ›Kulturrevolution‹ habe auf die Zerstörung von Tradition, Volk und Nation gezielt und setze dieses Zerstörungswerk im Bündnis mit dem globalisierten Kapitalismus bis heute fort (vgl. Benoist, 2004).

Die Rezeption von Gramscis Hegemonietheorie dient insofern der Selbstkorrektur extrem rechter Politikstrategien, die nach Einschätzung der ›Neuen Rechten‹ aufgrund ihrer traditionellen Fixierung auf die Kontrolle der Staatsapparate sowie der Wirtschaft die eigentliche Quelle von Herrschaft in modernen Gesellschaften verkannt hätten, nämlich die Produktion von Konsens über grundlegende kulturelle Fragen: »Wer Begriffe definiere, Debatten führe und gewinne, Slogans durchsetze und die Kultur weltanschaulich kanonisiere, werde zu einem Machtfaktor, den die Politik auf Dauer nicht ignorieren könne« (Kubitschek, 2014a, S. 33). Wer in der Lage sei, diesen Konsens zu (re)produzieren, übernehme – so eine von Gramsci adaptierte Erkenntnis – die intellektuelle und moralische Führung im zivilgesellschaftlichen Raum. Das mache Bündnisse zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus möglich und schaffe schließlich die Voraussetzungen für die Kontrolle der Staatsapparate.³ Der Machtübernahme, dem »Regime Change von rechts« (Sellner, 2023a), sei daher eine »Kulturrevolution von rechts« (Benoist, 1985) vorzuschalten.⁴

Die Auseinandersetzung mit Gramscis Hegemoniebegriff durch den französischen Rechtsintellektuellen Benoist beruht jedoch zunächst auf der Rezeption von Sekundärliteratur *über* Gramsci, da dessen Werk zu Beginn der 1970er-Jahre nicht in französischer Sprache vorliegt (vgl. Langebach & Raabe, 2016, S. 570). Dabei ist das Muster, nach dem sich extrem rechte Strömungen aus dem analytischen und strategischen Arsenal linker Theorien bedienen, keineswegs auf den Fall Gramsci beschränkt. Bereits die frühen faschistischen Bewegungen in Italien, Frankreich und Deutschland greifen auf der Suche nach Inspiration für die *Formen* ihrer politischen Praxis zum Mittel der *Entwendung*

3 Die Rechtsintellektuellen stützen sich auf Gramscis Staatsverständnis, das die Bedeutung von politischer Führung für die Etablierung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen betont: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Gramsci, 1992, S. 783). Eine soziale Gruppe erringt die Vorherrschaft in einer Gesellschaft, wenn sie mithilfe des Staatsapparats gegnerische Gruppen beherrscht und dank ihrer moralischen und intellektuellen Führung Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen aufzubauen vermag.

4 Einführend zur Idee einer maßgeblich von Benoist entwickelten Kulturrevolution von rechts vgl. Jorek, 2022.

und neuen Verwendung politischer Formensprache (vgl. grundlegend Wippermann, 1991). Die Entwendung gilt dabei nicht der weltanschaulichen Systematik linker Theorien, welche extrem rechte Intellektuelle ja gerade nicht teilen. Vielmehr beruht sie auf einem eng begrenzten Interesse an linken Analysen der Gesellschaft und jenen Strategien, diese zu verändern.

Benoist nutzt das analytische Instrumentarium Gramscis für seine rechte Hermeneutik politischer Vorherrschaft, ohne dessen inhaltliche Schlüsse zu teilen. Gänzlich desinteressiert zeigt er sich an der Verankerung von Gramscis Überlegungen zur Hegemonie in der marxistischen Theorie. Gramsci hebt stärker, als dies seinerzeit in weiten Teilen marxistischer Theoriendebatten der Fall ist, die Bedeutung des »Überbau[s]« (Marx, 1961, S. 8) für den Klassenkampf hervor: das heißt das Ensemble an politischen, juristischen, religiösen und weltanschaulichen Vorstellungen und die ihnen entsprechenden Institutionen. Verbunden bleibt seine Hegemonietheorie jedoch mit der für den Marxismus konstitutiven Annahme, dass ohne radikale Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der sie bestimmenden Eigentumsverhältnisse keine Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung stattfinden könne.⁵

Benoist diskutiert diese Fragen einer emanzipatorischen Politik nicht. Er fokussiert sich auf jene Hegemoniestrategien, mit denen er zu gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne rechter Ideologie gelangen kann. Dabei identifiziert er die Kultur als *eines* der zentralen Felder des Ringens um eine geistige Vorherrschaft von Ideen, Begriffen und Deutungen der Welt und des Alltags. Das Ende der 1970er-Jahre erstmals auf Deutsch erschienene Buch *Kulturrevolution von rechts* atmet in gewisser Weise den Zeitgeist der Post-68er-Phase, in der die Auseinandersetzung mit politischer Theorie auch abseits akademischer Milieus weit verbreitet ist. Eine Neuauflage im extrem rechten Jungeuropa-Verlag des Aktivisten Phillip Stein soll das Buch der neuen Generation rechter Akteursgruppen wieder zugänglich machen.⁶ Inzwischen gehören Benoists Überlegungen zum Standardrepertoire rechtsintellektueller Diskurse

5 Gramsci wählt vor dem historischen Hintergrund des Ersten Weltkriegs eine militärische Metapher, um das Verhältnis von ökonomischer »Struktur« und der ethisch-politischen »Superstruktur« der Zivilgesellschaft zu bestimmen: Die »Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind wie das System der Schützengräben im modernen Krieg« (Gramsci, 1992, S. 868), weil sie gegenüber der disruptiven Kraft ökonomischer Krisen weitestgehend resistent seien.

6 Zur transnationalen Vernetzung der Rechtsintellektuellen in Deutschland und Frankreich vgl. Busch, 2024a.

im deutschsprachigen Raum, ohne dass sich am wenig differenzierten Umgang mit den aus marxistischen Diskurskontexten entwendeten Theorien etwas geändert hätte.⁷

Ohne die Kritik Louis Althusser's an Gramscis Hegemonietheorie zu berücksichtigen, mixt beispielsweise Martin Sellner Leitbegriffe der ›Überbau‹-Theorien der beiden marxistischen Theoretiker, um innerhalb rechter Selbstverständigungsdiskurse das Bewusstsein dafür zu stärken, dass ohne ideologische Dominanz der Zivilgesellschaft keine politische Machtübernahme stattfinden werde:

Die Macht liegt nach Louis Althusser nicht im »repressiven Staatsapparat«, in dem schon Antonio Gramsci nur einen »vorgelagerten Schützengraben« erkannte. Das Herz der Macht sind die »ideologischen Staatsapparate« (Althusser), mittels derer die herrschende Ideologie die Zivilgesellschaft kontrolliert. [...] Sie alle sind seit Jahrzehnten fest in linker Hand. (Sellner, 2023b, S. 28)

Diese Engführung von Althusser und Gramsci lässt erkennen, dass Rechtsintellektuelle Zivilgesellschaft nicht als Ort demokratischen Austausches verstehen. Gramsci führt den Begriff der *società civile* ein, um ein Ensemble gesellschaftlicher Interaktionsformen zu analysieren, das weder von den Staatsapparaten mit ihren Repressionsorganen Polizei, Armee oder Rechtssystem noch durch die Markt- und Kapitalverwertungszwänge der Privatwirtschaft kontrolliert wird. Die Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis ist nicht die Sphäre des *bourgeois*, sondern des *citoyen*: bestimmt durch staatsbürgerliches Engagement und solidarische Formen der Selbstorganisation.⁸

7 Um eine Aktualisierung der Gramsci-Rezeption in der deutschsprachigen extremen Rechten ist etwa der Publizist Benedikt Kaiser bemüht (vgl. Kaiser, 2025).

8 Die Übersetzung von *società civile* als ›Zivilgesellschaft‹ geht auf Wolfgang Fritz Haug zurück, der für die Verbreitung von Gramscis Werk im deutschsprachigen Raum in den späten 1980er- und 1990er-Jahren eine zentrale Rolle spielt. Haug übersetzt *società civile* nicht mit ›bürgerlicher Gesellschaft‹, da im Deutschen kein begrifflicher Unterschied zwischen *citoyen* und *bourgeois* gemacht wird und daher die Gefahr besteht, dass die eigenständige Sphäre staatsbürgerlichen Engagements sprachlich nicht deutlich genug von der privatwirtschaftlichen Organisation kapitalistischer Verwertungsinteressen abgegrenzt wird: »In der Alltagssprache aber schätzt es der Bourgeois, der homo oeconomicus des Privateigentums, beim homo politicus, dem Staatsbürger, im selben Ausdruck unterzuschlüpfen. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist eine mit beschränk-

Wie sich am Zitat Sellners ablesen lässt, geht die ›Neue Rechte‹ jedoch davon aus, dass die politische Ideologie linker oder progressiver Fraktionen und Milieus die Zivilgesellschaft vollständig durchdringt, dass es also keinen Abstand zwischen Staat (bzw. den Gruppen, die die Staatsapparate kontrollieren) und Zivilgesellschaft gibt.⁹ Der Staat instrumentalisier die Zivilgesellschaft für seine Zwecke, indem er »schein-zivilgesellschaftliche Aktionen« (Sothen, 2008, S. 29) orchestriere. Auf diese Weise beraube er die politische Opposition von rechts ihrer Erfolgchancen. Die totalitäre Steuerung der Zivilgesellschaft durch den Staat sei aber kein Betriebsunfall der Geschichte, sie wohne der »konsensorientierten Zivilgesellschaft von Anfang an inne«, da jegliche »Konsensfindung selbst auch ein Akt des Ausschließens dissenter Meinungen ist und sein muß« (ebd., S. 27). Aus dieser Perspektive erscheint jede Form von zivilgesellschaftlichem Engagement als staatshörig oder staatsgläubig.

Ausgehend von dieser Diagnose hat die ›Neue Rechte‹ zwei Formen strategischen Handelns entwickelt: die Ideologieproduktion, die extrem rechte Akteursgruppen und Parteien adressiert, sowie Propaganda, mit der ein Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Institutionen in der Gesellschaft geschürt werden soll.

ter Haftung, société anonyme, und die Bourgeoisie ein Herr, der nicht genannt sein will« (Haug, 1989, S. 4).

- 9 Sellner (2021a) erklärt diese angebliche Dominanz mit einem »Verrat« rechter Intellektueller, die sich »nicht zuletzt geprägt durch ihr familiäres und burschenschaftliches Umfeld« für Studiengänge entschieden, die soziale Aufstiegsmöglichkeiten, aber keinen kulturellen Einfluss eröffneten. Die Beherrschung von Bildungsinstitutionen im Allgemeinen und von Universitäten im Besonderen gründe daher in »der Rückeroberung der Geisteswissenschaften« (ebd.). Um dieses Projekt voranzutreiben, hat man im Umfeld des Antaios-Netzwerks die Idee einer sogenannten »Gegenuni« (ebd.) entwickelt, die ideologische Schulung im Sinne der ›Neuen Rechten‹ betreiben soll. Sellner stellt dabei explizit Bezüge zur Strategie des Nationalsozialistischen Studentenbunds her, der in den 1920er-Jahren das Ziel einer ideologischen Beherrschung universitärer Institutionen verfolgt. Die Geschäftsführung der Gegenuni hat zunächst Erik Ahrens inne, ein ehemaliger Berater von Maximilian Kraus. Nachdem er sich 2024 mit dem Kreis um Kubitschek zerstritten hat, scheidet er aus der Trägergesellschaft der Gegenuni aus, die Geschäftsführung übernimmt Heinrich Mahling, Inhaber eines Anliquariats in Chemnitz (vgl. Gegenuni, o.J.).

Rechtsintellektuelle Ideologieproduktion

Rechtsintellektuelle Ideologieproduktion versucht, zu grundsätzlichen und aktuellen politischen Themen der extremen Rechten inhaltliche Deutungsvorlagen zu erstellen. Dies geschieht insbesondere durch die Herausgabe von Büchern, das Verfassen von politischen Analysen und orientierenden Bekenntnistexten sowie durch deren multimediale Popularisierung. Eine bedeutende Rolle für die ›neurechte‹ Ideologieproduktion spielt das Konzept des »völkischen Nationalismus« (Kellersohn, 2021, S. 5), das folgende Elemente aufweist: Auf Basis eines ethnisch gefassten Volksbegriffs entfalten Rechtsintellektuelle das Modell eines nationalen Machtstaats, der sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik autoritär die Interessen der ›Volksgemeinschaft‹ durchsetzen soll. Orientiert an Carl Schmitts politischer Theorie führen sie die demokratische Interessenaushandlung auf die militärische Freund-Feind-Unterscheidung zurück. Entsprechend idealisieren sie elitäre, charismatische Führungsfiguren, die Politik quasi wie einen Krieg führen. Ein solch ausgeprägter Antiliberalismus lässt wenig Raum für das selbstbestimmte Engagement der politischen Subjekte demokratisch verfasster Zivilgesellschaft. Vielmehr heroisiert die ›Neue Rechte‹ die Opferbereitschaft für die ›höhere‹ Sache, womit das Volk als Abstammungsgemeinschaft gemeint ist.¹⁰

Der Großteil der ideologischen Bausteine, aus denen sich der völkische Nationalismus zusammensetzt, entstammt Überlegungen von rechtskonservativen und extrem rechten Intellektuellen der Weimarer Republik. Deren politisches und publizistisches Engagement versucht Armin Mohler in seiner 1949 publizierten Dissertation von der nationalsozialistischen Ideologie abzugrenzen. Unter dem Begriff der ›Konservativen Revolution‹ versammelt er heterogene Gruppen antiliberaler Intellektueller, deren Ideologie nicht »mit Notwendigkeit in den Nationalsozialismus« (Mohler, 1989, S. 3) münde. Laut Mohler müssen sie in den 1930er- und 1940er-Jahren ihre weltanschaulichen Überlegungen gewissermaßen als »Trotzkisten des Nationalsozialismus« aufgrund fehlender Realisationsmöglichkeiten einem »esoterischen Raum vorbehalten« (ebd., S. 4). Diese »überdurchschnittlichen Intelligenzen«, die sich, so Mohler, in »kleinen Kreisen« sammeln, die »in ständiger geistiger Spannung« vibrieren (ebd.), haben angeblich eine in sich konvergierende Weltanschauung geschaffen, die aufgrund ihrer Distanz zur nationalsozialistischen Ideologie

10 Vgl. als Analyse rechtsintellektueller Publikationen vor dem Hintergrund des Konzepts des völkischen Nationalismus Kellersohn, 2013.

die Grundlage für zukunftsweisende rechte Politik bilden könne. Tatsächlich handelt es sich bei Mohlers Konstrukt einer rechtskonservativen Revolution, die sich säuberlich vom Nationalsozialismus auf ideologischer, personeller und institutioneller Ebene abgrenzen lasse, um einen »Mythos« (Weber, 2025, S. 256). Dieser zielt im Kern darauf, (prä)faschistisches, antidemokratisches Gedankengut nach dem Zweiten Weltkrieg zu rehabilitieren.¹¹

Mohler führt in seiner Abhandlung als Kern der rechtsrevolutionären Leitbilder nicht völkische oder nationalistische Ideen auf, sondern eine geschichtsphilosophische Fragestellung: nämlich das Verhältnis des Menschen zu Zeit und Vergänglichkeit. Im 19. Jahrhundert vollziehe sich ein epochaler Bruch mit dem linearen Zeitmodell der christlichen Tradition, das in der historischen Einmaligkeit und Unumkehrbarkeit der Menschwerdung Gottes begründet sei. Insbesondere Friedrich Nietzsche ver helfe mit seinem Gedanken der ewigen Wiederkehr des Gleichen einem zyklischen Zeitverständnis zum Durchbruch – und genau dieses »Bild der Wiederkehr« stehe als »Leitbild hinter der gesamten ›Konservativen Revolution‹« (Mohler, 1989, S. 109) und präge deren »konservativ-revolutionäre Haltung« (ebd., S. 125). Wie Mohler selbst einräumt, stehen viele Intellektuelle, die er zur ›Konservativen Revolution‹ zählt, der Idee der Wiederkehr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zudem seien die Überlegungen Nietzsches, die auf der komplexen Auseinandersetzung mit zyklischen Zeitmodellen der antiken Tradition, der Philosophie der Neuzeit und der Physik des 19. Jahrhunderts beruhen, »weit entfernt von der Politik und den politischen Ideologien« (ebd., S. 109).

Nun sind abstrakte philosophische Erwägungen für die rechtsintellektuelle Ideologieproduktion aber genau deswegen relevant, weil ihnen die Bindung an konkrete politische Positionen fehlt. Die ›Neue Rechte‹ versucht, durch die Bearbeitung weltanschaulicher ›Leitbilder‹ eine grundsätzliche Vorrangstellung ihrer Positionen zu behaupten. Während liberale oder linke Positionen mit Blindheit gegenüber dem weltgeschichtlichen Übergang von einer christlich geprägten zu einer noch unbekannteren, kommenden Gesellschaftsordnung geschlagen seien, erkenne die Rechte die Grundzüge dieser neuen Ordnung aufgrund ihrer Orientierung am ›Leitbild‹ der Wiederkehr an. Rechte Politik sei daher mehr als Politik – sie sei ›Metapolitik‹:¹² Basierend auf einer »zusammenhängende[n] Weltanschauung« (Benoist, 2001, S. 400) erhebe sie sich

11 Vgl. als grundlegende Kritik am wissenschaftlich nicht haltbaren Konstrukt einer rechtskonservativen Revolution Breuer, 1995.

12 Als ausführliche Darstellung der Begriffsgeschichte vgl. Flügel, 2022.

über den mühsamen Alltag der politischen Ebene und der konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen. Rechtsintellektuelle begreifen ›Metapolitik‹ daher in der Tradition der Gegenauflklärung als »Métaphysique de la Politique« (Maistre, 1814, S. III).

Jedoch handelt es sich bei dieser Metaphysik des Politischen um eine reflexiv gewordene Ideologie, die nicht mehr auf der schroffen Abwehr jeglicher moderner Ideen beruht. Vielmehr nehmen Rechtsintellektuelle seit dem »Metapolitical Turn« (Bar-On, 2007, S. 29) der 1960er- und 1970er-Jahre Sozialtheorien auf, die »die sozialen Felder und die sie umfassende Öffentlichkeit mit Konzepten von Macht und Hegemonie vermessen sowie die antagonistische Struktur des Sozialen und den polemogenen Charakter von Kommunikation und Begriffsbildungen betonen« (Schilk, 2024, S. 85).¹³ Entsprechend diskutieren Rechtsintellektuelle unter dem Begriff der ›Metapolitik‹ seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie sich durch die Beeinflussung von Kultur und Sprache Menschen dazu bewegen lassen, »freiwillig« extrem rechter Ideologie zuzustimmen und sich den Hegemonieansprüchen der ›Neuen Rechten‹ zu unterwerfen.¹⁴

Gab es bei Mohler noch den Versuch, die ›metapolitische‹ Dimension (extrem) rechter Ideologie anhand der – wenn auch willkürlichen – Bezugnahme auf eine tatsächlich zentrale Fragestellung moderner Geschichtsphilosophie herauszuarbeiten, erschöpft sich der Diskurs über Weltanschauung bei den Rechtsintellektuellen der Gegenwart in der ritualisierten Wiederholung der Aussage, man verfüge über ›metapolitische Leitbilder‹, deren ›Tiefe‹ andere politische Fraktionen und Milieus nicht verstünden. Die banale politische Funktion der – häufig in raunendem Ton vorgetragenen – ›metapolitischen Leitbilder‹ ist die Produktion von »ideologischen Effekten« (Althusser, 2012,

13 Auch wenn Schilks Annahme überzeugend ist, dass es sich bei ›neurechter‹ Metapolitik um eine »reflexive Ideologie« (Schilk, 2024, S. 84) handelt, so scheint uns die Reflexivität der Ideologieproduktion kein Alleinstellungsmerkmal der Rechtsintellektuellen zu sein. Nicht nur die (extrem) Rechten bekennen sich offen zu ihrer »metapolitischen Modalität« (ebd., S. 90). Dies ist beispielsweise auch bei einem Philosophen wie Alain Badiou der Fall, der Metapolitik als notwendigen Bestandteil politischer Praxis betrachtet (vgl. Badiou, 2003).

14 Das ist beispielsweise der Kern der Überlegungen des ›neurechten‹ Publizisten Thor von Waldstein, für den Metapolitik auf die geschickte Manipulation der öffentlichen Meinungsbildung hinausläuft: »Das Geheimnis echter politischer Herrschaft beruht vielmehr darauf, den Willen des *citoyen* so zu beeinflussen, daß er aus freien Stücken der staatlichen Herrschaft zustimmt« (Waldstein, 2015, S. 13).

S. 266), die historische Erfahrungen verdrängen oder ausschalten. Da sich auf inhaltlicher Ebene niemals zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen, die die Rechtsintellektuellen anzusprechen versuchen, ein Konsens herstellen lässt, entwirft die ›Neue Rechte‹ das Bild einer Gemeinschaft, die an einer Bewegung weltgeschichtlichen Ausmaßes teilhat. Diese Gemeinschaft findet sich angeblich nicht deswegen zusammen, weil sie Interessen oder Vorurteile, Ressentiments und antiuniversalistische Abwertungskonstruktionen (Rassismus, Antisemitismus, Sexismus etc.) teilt, sondern weil sie spüre, dass es etwas gebe, dass ›größer‹ sei als sie selbst.

Rechtsintellektuelle Propaganda

Die eben erläuterten ideologischen Grundelemente versuchen, Rechtsintellektuelle mittels diversifizierter propagandistischer Strategien über den unmittelbaren Kreis ihrer Anhängerschaft hinauszutragen. Dabei setzen sie auf eine persuasive Kommunikation, die nicht der Information oder kritischen Diskussion dient, sondern überreden und manipulieren soll. Sie operieren mit einer symbolisch aufgeladenen Bildsprache, die Informationen unterschlägt oder verzerrt. Sie passen ihre Kommunikation an die Rezeptionsbedingungen und Erwartungshorizonte ihrer Zielgruppen an, um die ›neurechten‹ Ideologiebausteine wirksam zu verankern. Dafür betten sie alle Informationen und Sachverhalte systematisch in den Kontext ›neurechter‹ Ideologie ein. Das Framing zielt darauf, langfristig den gesamten Wahrnehmungsraum der Zielgruppen zu verändern – also darauf, wie sie Informationen einordnen und bewerten. Im Unterschied zu Propagandastrategien, die aus den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts bekannt sind, setzen die Rechtsintellektuellen nicht auf Einwegkommunikation, sondern auf interaktive Formen der Meinungsführung. Mithilfe von Verstärkungsmechanismen, wie zum Beispiel der gezielten Auslösung von Empörungsritualen, versuchen sie, die Angesprochenen von der bloß passiven Informationsaufnahme zur aktiven Suche nach ›neurechten‹ Ideologieprodukten zu animieren.

Trotz des deutlich pejorativen Charakters des Begriffs ›Propaganda‹ bezeichnen Rechtsintellektuelle wie Kubitschek ihre eigene politische Kommunikationsstrategie selbst als solche.¹⁵ Im Anschluss an den überzeugten Anti-

15 Insbesondere lassen sich Propaganda und Public Relations in der Praxis politischer Kommunikation nur schwer voneinander abgrenzen. Vgl. zu dieser Abgrenzungspro-

Demokraten Hans Domizlaff betrachtet er Propaganda als »ein notwendiges Mittel der Staatsführung«, da die »Masse« nicht über ausreichend »Vernunft und argumentative Durchdringungsfähigkeit« verfüge (Kubitschek, 2023a, S. 7), um autonom im Rahmen demokratischer Prozesse über ihre Geschicke zu bestimmen.

Da die ›Neue Rechte‹ zur Verbreitung ihrer Ideologie (noch) keinen Zugriff auf die Staatsapparate hat, greift sie auf Formen der Propaganda zurück, die mit Taktiken der Verschleierung und Verführung arbeitet. Sie setzt an der Bereitschaft ihrer Zielgruppen an, sich (unbewusst) manipulieren zu lassen. Sie zielt damit auf die Verbreitung einer Propaganda, die ein »allgemeines Klima konstituier[en] [soll], eine Atmosphäre, eine Stimmung, die unbewusst wirkt« (Ellul, 2021, S. 89f.).

Diese Form der Propaganda nutzt populistische Kommunikation, die den Angesprochenen eine Rechtfertigung für ihre Vorurteile und Ressentiments bietet, indem sie sie als Opfer eines übergriffigen, totalitären Staats in Szene setzt.¹⁶ Eine ›abgehobene‹ Führungsschicht unterdrücke die ›einfache‹, ›normale‹ Bevölkerung, ignoriere deren legitime Anliegen und reagiere auf jegliche Kritik mit repressiven Maßnahmen – so der Tenor. Angesichts dieser Bedrohung müsse sich, so die Kernbotschaft der Rechtsintellektuellen, das gesamte Volk gegen die herrschenden Eliten vereinen und seine Differenzen und Meinungsunterschiede ausblenden.¹⁷ Verbindung zwischen den verschiedenen Milieus stiftet daher keine gemeinsame Vision, die für das Projekt einer Kulturrevolution von rechts erforderlich wäre. Der rechtsintellektuelle Brückenschlag in die diskursive Mitte der Gesellschaft gelingt nicht etwa über die Attraktivität eines ethnischen Volksbegriffs. Er gelingt, indem die gemein-

blemantik mit Blick auf Edward L. Bernays, einem Pionier der modernen Öffentlichkeitsarbeit, Matern, 2023, S. 91–95.

- 16 Das Opfernarrativ ist ein elementarer Bestandteil rechtspopulistischer Kommunikation. Zur Bedeutung der Angstproduktion und -verstärkung für rechtspopulistische Kommunikation vgl. Wagner, 2017.
- 17 Ähnlich wie beim Aufgreifen von Gramscis Hegemonietheorie in ›neurechten‹ Diskursen bemühen sich Rechtsintellektuelle wie Benedikt Kaiser (2017) zumindest punktuell um eine theoretische Begründung populistischer Strategien, indem sie das von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau entwickelte Modell linkspopulärer Politik für ihre Zwecke adaptieren.

same Feindschaft gegenüber einer linken oder progressiven ›Elite‹ konstruiert wird, die den Menschen angeblich die Selbstbestimmung nimmt.¹⁸

Ohne die verbindende Feindschaft drohen die ideologischen Differenzen zwischen einer libertär ausgerichteten internationalen Rechten eines Javier Milei und einer völkisch orientierten Rechten, die einen starken Sozialstaat für die Angehörigen des ethnisch definierten Volkes befürwortet, aufzubrechen.¹⁹ So beschwören Rechtsintellektuelle in grellen Farben das apokalyptische Szenario eines Untergangs der ›abendländischen‹ Kultur herauf. Dabei stützen sie sich auf Verschwörungserzählungen, die häufig antisemitisch konnotiert sind (vgl. Meiering, 2022). Insbesondere verbreiten sie das Narrativ, globale Eliten führten unter dem Einfluss einer jüdischen Finanzelite einen ›Great Reset‹ durch, der ›Volksgemeinschaften‹ gezielt vermischen und perspektivisch auflösen solle. Allerdings stehen sie vor dem Problem, dass Varianten dieses Narrativs, wie zum Beispiel die QAnon-Bewegung, so offenkundig ohne Realitätsbezug sind, dass sie die gesamte Erzählung der Lächerlichkeit preisgeben drohen.²⁰ Zudem droht die populistische Allianzbildung zu einem

-
- 18 Die empirische Sozialforschung lässt erkennen, dass Einstellungen gesellschaftlich weit verbreitet sind, die mit rechtsextremer Ideologie kompatibel sind. Eine unter dem Titel *Deutsche Zustände* veröffentlichte Langzeitstudie (2002–2011) zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit arbeitet zum Beispiel die Normalisierung einer »rohen Bürgerlichkeit« heraus, die die »Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische wie physische Integrität antastbar macht« (Heitmeyer, 2012, S. 34f.). Auch die Ergebnisse der *Mitte*-Studien sprechen für ein Eindringen von »rechtsextremen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen« in die Mehrheitsgesellschaft. Jedoch besteht (noch) ein »breite[r] Konsens zur Ächtung des Rechtsextremismus« (Zick, Küpper & Mokros, 2023, S. 61). Rechtsintellektuelle müssen demnach mit der Herausforderung umgehen, dass es zwar Anknüpfungspunkte zu ihren Positionen gibt, aber ihre konkrete Ideologie (noch) nicht den öffentlichen Diskurs und die Politik dominiert.
- 19 Zum Beispiel verteidigen Erik Ahrens und Bruno Wolters den Sozialstaat gegen seine rechtslibertäre Kritik und versuchen ihn als spezifisch rechtsnationale Idee im Diskurs der ›Neuen Rechten‹ zu verankern: »Doch ein Sozialstaat verankert den Menschen wieder in einer Gemeinschaft, er lässt ihm einen Sinn für Verantwortung und Gemeinsinn wachsen, er gibt ihm ein Verständnis für Kultur und Volk. Der Mensch kann in einem Sozialstaat wieder Wurzeln schlagen« (Ahrens & Wolters, 2021). Am nachdrücklichsten vertritt Benedikt Kaiser (2020) in ›neurechten‹ Debatten den Ansatz, soziale Fragen von rechts aufzugreifen.
- 20 Wie an einer Aufsatzserie von Lichtmesz (2022) über das Pamphlet *Das große Erwa-chen gegen den Great Reset*, das aus der Feder des Rechtsextremisten Alexander Dugin stammt, ersichtlich, versuchen Rechtsintellektuelle das Narrativ zu schützen, indem sie – einen grundlegenden Aspekt von Verschwörungserzählungen aufgreifend – des-

Hemmnis in der Durchsetzung rechtsintellektueller Ideologie zu werden, da die populistische Methode (weitestgehend) unabhängig von politischen Visionen und Idealen funktioniert. Sie konzentriert sich auf die Aktivierung, Stimulierung und Kanalisierung von starken Affekten, insbesondere von Angst vor einem übergriffigen, totalitären Staat.

Rechtsintellektuelle Führung

Ideologieproduktion und populistisch-agitatorische Propaganda lassen sich formal nicht immer exakt trennen.²¹ Zu Überschneidungen kommt es zum einen dort, wo Akteursgruppen, die auf die Propaganda rechtsextremer Ideologie spezialisiert sind, wie zum Beispiel die Identitäre Bewegung (IB), selbst Aufgaben der Ideologieproduktion übernehmen, weil sie in politische Vorfeldstrukturen eingebunden sind.²² Zum anderen kann ein Parteimitglied, zu dem die ›Neue Rechte‹ enge Verbindungen unterhält, sowohl in Ideologieproduktion als auch in Propaganda eingebunden werden. So lobt Kubitschek (2023b, S. 1) im Editorial der Sezession Maximilian Kraß gleich für zweierlei: Er habe zum einen mit seinem Buch *Politik von rechts* die »geschichtspolitische Erzählung vom Tätervolk« angegriffen und sich damit an rechtsintellektueller Ideologieproduktion beteiligt, zum anderen erziele er mit seinen professionell produzierten TikTok-Videos einen »emotionale[n] Zugriff« auf die »Masse« und

sen offenkundig unglaubwürdige Ausprägungen als Erfindungen von Geheimdiensten »zur Kontrolle und Irreführung der Opposition« darstellen.

- 21 Auch wenn sich beide Formen rechtsintellektuellen Tuns teils überschneiden, so bestehen doch klare Rollenmodelle für die Ideologieproduktion und die Propaganda. In der *Nouvelle Droite* gilt beispielsweise Benoist auf dem Gebiet der Ideologieproduktion als unumstrittene Führungsfigur. Ein rechtsextremer Aktivist wie Dominique Venner, der sich 2013 in der Kathedrale Notre Dame erschießt, um auf die vermeintliche Islamisierung Frankreichs aufmerksam zu machen, stellt hingegen ein Vorbild für extrem rechte Propagandapraxis dar. Vgl. dazu die heroisierende Darstellung von Benoist und Venner in einer Videodokumentation des Jungeuropa-Verlags (2022).
- 22 Die Zahl derer, die eine wirkliche intellektuelle Arbeit im Sinne extrem rechter Ideologieproduktion leisten, ist im Vergleich zu denjenigen, die mit Propagandaaufgaben betraut sind, vergleichsweise klein. Die Einbindung in die Ideologieproduktion, wie sie beispielsweise im Fall von Martin Sellner, einem Propagandisten der extrem rechten Sache, geschieht, stellt die Ausnahme dar. Dass und in welcher Weise Sellner als Ideologieproduzent aktiv ist, lässt sich unter anderem an seiner Publikationsliste ablesen (vgl. exemplarisch Sellner, 2024a; Sellner, 2023a).

leiste so effektiv Propaganda für die rechte Sache.²³ Die fließenden Übergänge zwischen Ideologieproduktion und Propaganda zeigen, dass die ›Neue Rechte‹ ein Verständnis von Intellektualität kultiviert, das Gramscis Überlegungen zur Funktion der Intellektuellen im Ringen um ethisch-politische Vorherrschaft in tendenziöser Weise aufgreift.

Gramsci definiert Intellektuelle nicht über herausragende geistige Fähigkeiten oder Tätigkeiten in wissenschaftlichen, künstlerischen, philosophischen oder literarischen Feldern, auf denen sie besondere Kompetenz und Autorität besitzen. Stattdessen verknüpft er Intellektuelle mit den Kämpfen um politische Vorherrschaft, mit gesellschaftlichen Prozessen also, in denen sich Gruppen oder Klassen formieren und zu politischen Parteien oder Bewegungen zusammenschließen. Intellektuelle, die in diesen Prozess der politischen Selbstorganisation eingreifen und ihn zu steuern vermögen, bezeichnet Gramsci als »organisch« (Gramsci, 1994, S. 1386), um ihre unlösliche Bindung an jene Klasse oder gesellschaftliche Gruppe hervorzuheben, für die sie organisierende Funktion haben.²⁴ Eine Person wird nicht zum bzw. zur Intellektuellen, wenn sie akademisches Wissen akkumuliert und dieses in öffentlichkeitswirksamen Stellungnahmen artikuliert. Sie muss im Namen einer sozialen Gruppe oder Klasse an der Auseinandersetzung um ethisch-politische Vorherrschaft teilnehmen, neue Weisen des Denkens, Fühlens und Handelns entwickeln und ihnen zu Akzeptanz verhelfen. Um ihre Aufgabe im Ringen um Hegemonie zu erfüllen, müssen die Intellektuellen die sozialen Gruppen oder Klassen, mit denen sie verbunden sind, bei der Artikulation ihrer Kultur in der *società civile* unterstützen.

23 Bei führenden Rechtsintellektuellen in Deutschland lösen insbesondere geschichtsrevisionistische Ausfälle von AfD-Mitgliedern regelrechte Begeisterungstürme aus. Das »Leben« breche »sich Bahn gegen jede Ideologie« (Kubitschek, 2023b, S. 1), wenn Krah in einem Tiktok-Video mit dem Titel *Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher* jungen Menschen den Stolz auf ihr Land und die Leistungen ihrer Großeltern und Urgroßeltern zurückgebe. Inzwischen haben sich Maximilian Krah und Götz Kubitschek anlässlich einer Auseinandersetzung über das Konzept der Remigration entzweit. Vgl. Kubitschek: Krah, Höcke, Noise, in: Sezession online: <https://sezession.de/70304/hoecke-und-krah>.

24 Für Gramsci sind es vor allem politische Parteien, die Formen von »integralen und ganzheitlichen Intellektualitäten« erzeugen, die praktisch in den Kampf um ethisch-politische Hegemonie eingreifen, indem sie auf Basis eines »kohärente[n] und systematische[n] Bewußtsein[s]« öffentliche Debatten beeinflussen, Bildungsarbeit in (Hoch-)Schulen leisten und sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel den Gewerkschaften engagieren (Gramsci, 1994, S. 1386).

Das Kulturelle versteht Gramsci als eine Ebene, »auf der individueller Lebenssinn und Emanzipation eine strategische Verbindung eingehen können« (Haug, 1989, S. 9). Intellektuelle dürfen Kultur jedoch nicht als einen von der ökonomischen ›Basis‹ abgetrennten Bereich schöngeistiger Aktivitäten missverstehen, sondern müssen sie in Beziehung zu den Kämpfen der subalternen Klassen und Gruppen um Befreiung von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung setzen. Damit ein solcher Emanzipationsprozess gelingen kann, bedarf es eines spezifisch *pädagogischen* Führungsverhältnisses zwischen den Intellektuellen und den ihnen verbundenen sozialen Gruppen oder Klassen, das er als wechselseitige Beziehung zwischen Führenden und Geführten konzipiert. Die Führenden sollen »die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung [zwischen Regierenden und Regierten, Anm. d. Verf.] verschwindet« (Gramsci, 1996, S. 1714). In der Tradition der Aufklärung schreibt Gramsci dem pädagogischen Prozess die Möglichkeit seiner Selbstaufhebung ein.

Pädagogische Interaktionen können Gramsci zufolge aus einem – immer hierarchisch organisierten – Führungsverhältnis in die freie Kooperation gleichberechtigter Menschen übergehen. Damit der pädagogische Prozess sein Ziel erreichen kann, müssen sowohl der pädagogische Stil der Führenden als auch die organisatorischen Strukturen, in denen er verankert ist, einen demokratischen Charakter haben. Gramsci geht es dabei nicht lediglich um den Habitus der Intellektuellen, sondern um ein »gesamtgesellschaftliches Strukturverhältnis« (Merkens, 2006, S. 8), also um die Verankerung eines auf seine Selbstaufhebung angelegten pädagogischen Prozesses in allen gesellschaftlichen Institutionen: »Jedes Verhältnis von ›Hegemonie‹ ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis [...]« (Gramsci, 1994, S. 1335). Auch wenn die ›Neue Rechte‹ sich mitunter als pädagogisch interessierte politische Strömung inszeniert, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie von einem grundsätzlich anderen Verständnis von Führung ausgeht. Für Gramsci können Führende und Geführte hierarchische Machtverhältnisse überwinden, weil er die Geführten selbst als Intellektuelle versteht: als »Philosophen [...], sei es auch auf ihre Weise [...] unbewusst« (Gramsci, 1994, S. 1375). Die Intellektuellen können an die Alltagskultur der sozialen Gruppen anknüpfen, mit denen sie sich im Kampf um Hegemonie verbinden, weil in dieser Kultur das Potenzial für eine emanzipatorische Politik angelegt ist. Zwar fehlt in ›neurechten‹ Publikationen (so gut wie) nie der Hinweis auf den ›gesunden‹ Alltagsverstand der ›einfachen‹ Menschen, häufig dekoriert/belegt mit einschlägigen Gramsci-Zitaten (vgl. zum Beispiel Kaiser, 2023).

Rechtsintellektuelle verstehen Führung aber gerade nicht als ein Verhältnis wechselseitiger Beziehungen, in dem seine Selbstaufhebung angelegt ist. Führende treten mit den Geführten in kein pädagogisches, sondern in ein *militärisches* Verhältnis, das hierarchische Machtverhältnisse aufrechterhalten soll. Die Rechtsintellektuellen wännen sich in einem »geistige[n] Bürgerkrieg« (Kubitschek, 2023b, S. 1), den es mit militärischer Disziplin zu führen gilt: »Es geht um die Vorherrschaft auf medialem, sprach- und geschichtspolitischem Feld, und die Heftigkeit der Abwehr gegen Neudeutungsvorstöße von rechts erlaubt die Bezeichnung ›Krieg‹. [...] Laßt uns Krieg führen« (ebd.). Wer aber das Ringen um Hegemonie als Krieg (miss)versteht, sieht sich auch nicht an demokratische Spielregeln gebunden. Man sei »nicht verpflichtet, es [der Linken] gleichzutun« und »sich als ›demokratisch‹ zu beschreiben oder zu verhalten (Bosselmann, 2024).

Solche Theorie-Entwendungen zu Propagandazwecken stellen für sich genommen noch keine Gefahr für die demokratisch verfasste Zivilgesellschaft dar. Die Rezeption einer Theorie ist nicht gleichzusetzen mit der Durchsetzung eines politischen Programms. Ein Rückblick auf mehr als ein Jahrzehnt öffentlicher Aktionen aus dem Kreis um Kubitscheks Antaios-Verlag zeigt, dass die Anwendung bestimmter Propagandamethoden noch kein Garant dafür ist, dass die politische Strategie aufgeht: In den 2010er-Jahren experimentierten Kubitschek und seine wechselnde Anhängerschaft mit verschiedenen Formen politisch-kultureller Inszenierung, ohne dass diese jenseits der Rechtsextremismusforschung wahrgenommen worden wären. Auch das Unterfangen, eigene Begriffe in den gesellschaftlichen Diskurs einzuschleusen, bleibt lange ohne nennenswerte Resonanz. Das ändert sich erst mit dem Erscheinen des Buches *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin, in dem der Autor all jene Thesen bezüglich Demografie und Einwanderung variiert, die bereits seit Jahrzehnten von Rechtsintellektuellen ventiliert worden sind. Sarrazin verhilft der rechtsintellektuellen Szene damit zu einer zuvor nie dagewesenen Aufmerksamkeit, vor allem aber zur Akzeptanz eines Teils ihrer politischen Agenda zum Thema Migration.²⁵ Das Beispiel zeigt: Die Aneignung und Anwendung von Kulturkampfstrategien allein führt nicht automatisch zu politischem Erfolg. Finden diese Strategien allerdings in Politik

25 Nach Einschätzung des Rechtsintellektuellen Erik Lehnert (2023, S. 6), der eng mit Kubitschek zusammenarbeitet, sorgt Sarrazins Buch für »ernsthafte Bewegungen im Überbau« – und zwar in Richtung ›neurechter‹ Ideologie. Entsprechend positiv wird es in zahlreichen Texten der Rechtsintellektuellen besprochen.

und Gesellschaft Widerhall, dann kann sich eine Dynamik gegenseitiger Verstärkung einstellen, die die Reichweite und den Einflussbereich der extremen Rechten erheblich erweitert.

Hauptverantwortlich: David Begrich und Hans-Joachim Schott